

Der tote Zeuge der Bundesanwaltschaft

Ein russischer Betrugsfall nimmt immer neue Wendungen — auch in der Schweiz

Um 230 Millionen Dollar sollen sich Staatsbeamte in Russland unrechtmässig bereichert haben. Den Betrugsfall säumen ungeklärte Todesfälle und seltsame Unfälle. Involviert ist auch die Bundesanwaltschaft.

MARCEL GYR

Vor drei Wochen stürzte Nikolai Gorochow während Umbauarbeiten in seiner Attika-Wohnung in einem Moskauer Vorort aus dem Fenster. Beim Sturz aus dem fünften Stock erlitt der russische Rechtsanwalt schwere Kopfverletzungen. Regierungsnahe Medien in Russland schrieben alsbald von einem Unfall: Als mithilfe eines mobilen Lifts eine Badewanne in Gorochows Wohnung hätte gehievt werden sollen, sei ein Seil gerissen. Dabei sei der Anwalt in die Tiefe gerissen worden. Damit konterten die Medien ein Pressecommuniqué des amerikanischen Investors und Putin-Kritikers Bill Browder. Gestützt auf Aussagen von Augenzeugen hatte dieser geschrieben, Gorochow sei am 21. März von Unbekannten aus dem Fenster geworfen worden.



Am 11. März 2013 wird vor einem russischen Gericht der Fall des Rechtsanwalts Sergei Magnitski verhandelt. Dieser hatte den mutmasslichen 230-Millionen-Betrug aufgedeckt. Postum wird er selber wegen Steuerbetrugs schuldig gesprochen.

Seltenes Pflanzengift

Der Fall Gorochow ist der jüngste Vorfall in einer langen Reihe von abstrusen Machenschaften rund um einen vermutlich staatlich gedeckten Betrugsfall. Am Tag nach dem Sturz aus dem Fenster hätte Gorochow vor einem Moskauer Appellationsgericht aussagen sollen. Der 53-jährige Rechtsanwalt vertritt die Familie des verstorbenen Sergei Magnitski. Im Auftrag von Browder hatte der

Staatsfeind Nummer 1 wurde» avancierte im angelsächsischen Raum zum Bestseller. Im Buch, das auch auf Deutsch erhältlich ist, beschreibt Browder, wie er als ehemals erfolgreicher Investor in Russland in Ungnade fiel und mit welchen Tricks er faktisch enteignet wurde. Browder ist insofern eine illustre Figur, als er zunächst von der russischen Wirtschafts-Bonanza in den 1990er Jahren uneingeschränkt profitierte.

Die 230 Millionen Dollar, die sich die russischen Staatsbeamten mutmasslich in die eigene Tasche fliessen liessen und die am Anfang des seit Jahren tobenden Skandals stehen, stammen aus der Kasse dreier Tochterfirmen der Vermögensverwaltungs-Holding Browders (Hermitage Capital Management). Die Zahlungen wurden unter dem Titel «Steuer-rückerstattung» abgewickelt.

Im Schreiben an die Schweizer Behörden fokussierte sich Browder auf den Geldfluss einer russischen Steuerbeamtin und ihres Ehemanns. Um nicht weniger als 39 Millionen Dollar ist das Vermögen der beiden Staatsangestellten innert kurzer Zeit gestiegen — bei einem Jahreseinkommen von gerade einmal 38 000 Dollar. Das Geld wurde offenbar in Immobilien investiert, darunter eine 20 Millionen Dollar teure Villa in Moskau und eine weitere Liegenschaft in Dubai. Zudem sollen 11 Millionen Dollar auf ein Konto der Credit Suisse (CS) in der Schweiz geflossen sein. Das CS-Konto liess die Bundesanwaltschaft sperren — die Sperre gilt bis heute.

Später vermittelte Browder der Bundesanwaltschaft einen Zeugen aus dem Innern des staatlichen Betrugs: Alexan-

der Perepilichni. Der Russe war Finanzberater für einige der korrupten Steuerbeamten, unter ihnen jene Frau, gegen die in der Schweiz ermittelt wird. Die Bundesanwaltschaft lud den russischen Whistleblower in die Schweiz zur Zeugeneinvernahme ein. Seine Aussagen widersprachen diametral der Version der russischen Steuerbeamtin und ihres Ehemanns. Mit seinem Insiderwissen belastete Perepilichni die beiden Beschuldigten schwer.

Wenig später, am 10. November 2012, brach der Belastungszeuge beim Joggen in London tot zusammen, im Alter von 44 Jahren. Die Ermittlungsbehörden kamen zunächst zum Schluss, Perepilichni sei eines natürlichen Todes gestorben — nicht so seine Lebensversicherung. In einer separaten Untersuchung fanden Spezialisten ein seltenes Pflanzengift aus China im Magen des Russen: *gelsemium elegans*, im Englischen auch bekannt als «heartbreak grass» (Herzinfarkt-Pflanze). Das Extrakt soll einer Gemüsesuppe beige-mischt worden sein, die • Perepilichni kurz vor seinem Tod zu sich nahm.

Aufgrund dieser Erkenntnisse verlangte Browders Team im vergangenen Sommer eine neue Überprüfung der Todesumstände. Insbesondere wollte man wissen, ob die beiden britischen Geheimdienste MI 5 und MI 6 über zusätzliche Informationen verfügten.

Im September 2016 wurden die eingeleiteten Ermittlungen abrupt gestoppt: Die britische Regierung hatte verordnet, dass die Akten nicht veröffentlicht werden dürfen. Es wurde eine sogenannte «public interest immu-

nity» verfügt. Auf dieses ausserordentliche Mittel wird zurückgegriffen, wenn die Veröffentlichung von Dokumenten die nationale Sicherheit gefährdet.

Einsicht in Geheimdokumente

Mit der Massnahme verbunden war die Absetzung des ordentlichen Gerichtsmediziners, der Perepilichnis Mageninhalt nach Spuren des Pflanzengifts hätte untersuchen sollen: Selbst ihm wurde die Akteneinsicht verwehrt. Vor rund einem Monat ernannten die britischen Justizbehörden schliesslich einen ausserordentlichen Gerichtsmediziner, der die Kompetenz hat, auch jene Dokumente einzusehen, die als geheim klassifiziert sind. Das Resultat seiner Untersuchung wird für den Sommer erwartet.

Die Klärung der Ursache von Perepilichnis Tod ist zweifellos auch für die Bundesanwaltschaft von Interesse. Mehr als sechs Jahre nach Aufnahme des Strafverfahrens will sie sich zum Fall aber nicht äussern. «Die schweizerische Strafuntersuchung ist noch nicht abgeschlossen», heisst es einzig. Nikolai Gorochow, der je nach Sichtweise aus dem Fenster geworfene oder gestürzte Anwalt, soll im Juni vor den amerikanischen Behörden aussagen.

Buchhinweis: «Das saubere Geschäft' mit dem dreckigen Geld», Monica Fahmy, Orell Füssli.

Magazin The Atlantic: «An Enemy of the Kremlin dies in London — Who killed Alexander Perepilichny», Januar/Februar 2017.

Homepage von Bill Browder: <http://russian-untouchables.com>.



Alexander
Perepilichni
Belastungszeuge der
Bundesanwaltschaft

Rechtsanwalt Magnitski einen spektakulären Betrug aufgedeckt, bei dem rund 230 Millionen Dollar in die Taschen von russischen Staatsbeamten — insbesondere von Steuerkommissären — geflossen sein sollen.

Nach der Aufdeckung wurde Magnitski unter fadenscheinigen Anschuldigungen inhaftiert. Am 16. November 2009 starb er im Moskauer Gefängnis Butyrka — im Alter von 37 Jahren. Der präsidiale Menschenrechtsrat sprach von Unterlassung medizinischer Hilfe und von Folter. Mit dem Fall beschäftigte sich auch der Europarat. Unter der Leitung des Schweizlers Andreas Gross wurde im Juni 2013 ein Untersuchungsbericht veröffentlicht. Magnitski habe einen gigantischen Betrug aufgedeckt. Er sei gestorben, weil er sich geweigert habe, den Druckversuchen der korrupten Beamten nachzugeben, heisst es im Bericht.

Davon unbeeindruckt, kehrten die russischen Justizbehörden den Spiess um: Auch nach Magnitskis Tod führten sie das Verfahren gegen ihn weiter — darin beschuldigten sie ihn jenes Betrugs, den er selber aufgedeckt hatte. Schliesslich wurde der tote • Anwalt postum wegen Steuerbetrugs schuldig gesprochen — selbst für russische Verhältnisse ein einzigartiger, aus rechtsstaatlicher Warte unhaltbarer Vorgang. Hingegen wurde ein Gefängnisverantwortlicher, der wegen Magnitskis Tod angeklagt worden war, von einem Moskauer Bezirksgericht freigesprochen.

In der Zwischenzeit waren auch die Schweizer Behörden auf den Fall aufmerksam gemacht worden. Ende Januar 2011 hatten sie Post erhalten von Bill Browder. Seit Magnitskis mutmasslich gewaltsamem Tod engagiert sich der in London lebende Amerikaner weltweit mit grossem Aufwand in der Sache. Sein Buch «Red Notice — Wie ich Putins

Schwere Vorwürfe an die Schweiz

-yr. • Während ein Rechtshilfeersuchen der Schweiz an die russischen Justizbehörden lange unerledigt blieb, hat die Schweiz ein im selben Zusammenhang gestelltes Ersuchen Russlands anstandslos beantwortet. 2011 hatte die Bundesanwaltschaft aufgrund von Informationen des amerikanischen Investors Bill Browder ein Strafverfahren wegen Geldwäscherei eröffnet. Die Vortaten dazu sollen in Russland begangen worden sein (siehe Haupttext).

Darauf reagierte die russische Justiz mit der Einleitung eines eigenen Verfahrens. Browder ist überzeugt, dass die russischen Ermittlungen einzig eingeleitet wurden, um auf diesem Weg an vertrauliche Informationen zu gelangen, die er den schweizerischen Behörden zur Verfügung gestellt hatte. Tatsächlich traf Mitte September 2011 in diesem Zu-

sammenhang ein russisches Rechtshilfegesuch ein. Die Schweizer Behörden vollzogen es prompt. Im Gespräch mit der NZZ bezeichnet Browder dieses Vorgehen als «absolut schockierend». Das sei ein klarer Missbrauch der Rechtshilfe. Zu den an Russland gelieferten Informationen gehörten insbesondere Bankunterlagen einer mutmasslich korrupten russischen Steuerbeamtin und ihres Ehemanns. Die beiden sollen einen Teil ihres betrügerisch erworbenen Geldes auf ein CS-Konto in der Schweiz einbezahlt haben.

Demgegenüber wartete die Bundesanwaltschaft über fünf Jahre vergeblich auf eine Antwort auf ihr Rechtshilfegesuch, das sie, ebenfalls 2011, an Russland gerichtet hatte. Am Dienstag hat die Bundesanwaltschaft nun auf Anfrage erstmals gemeldet: «Die russische Gene-

ralstaatsanwaltschaft hat das Schweizer Rechtshilfegesuch vollzogen.»

Trotzdem zeigt sich Browder ungehalten. Es sei unglaublich, wie langsam die Schweizer Ermittler arbeiteten, so etwas habe er noch nie erlebt. Der amerikanische Investor arbeitet zur Aufklärung des russischen Millionenbetrugs weltweit mit rund einem Dutzend Strafverfolgungsbehörden zusammen. «Die Schweizer sind am mühsamsten», beschwert er sich. Auf der anderen Seite der Skala befänden sich die USA. Der damalige Präsident Barack Obama unterzeichnete 2012 die «Magnitsky Act»: Damit werden jene russischen Beamten mit einer Einreisesperre belegt, die für den gewaltsamen Tod des Rechtsanwalts Magnitski mitverantwortlich gemacht werden. Derzeit wird in Kanada und in Grossbritannien ein ähnliches Gesetz ausgearbeitet.